---- Umgrenzung des Durchführungsplanes

Flächen öffentlicher Nutzung

bleibende Straßenflächen

| Roofahrwege

Büngensteige

bleicende Bahnanlagen

y aufgenobene Bahnaniagen

bleibence Straßenbahnen

hes ausgewiesene Bahnarilagen

ourgenoberse Straßenbahnen

bleibende Wosserflächen

3 aufgenobene Wasserflächen

beibende Erholungsflächen

oufgehobene Erholungsflächen

1 Landschoftschutzgebiet

Flächen privater Nutzung

______ Bebouung

Wanngebiet

Mischgebiet

G Geschäftsgebiet

Industriegebiet

_____ Au3engebiet

(1) Desonderes Industriegebiet

Abstell- oder Parkplatze

Flachen for Laden

5 Kleinslediungsgebizt

bebautare Fläche mit Stufenbezeichnung nach der BPV vom 8.6.1938

neu ausgewiesene Straßenbahnen

] neu ausgewiesene Wasserflächen

neu ausgewiesene Erholungsflächen

neu ausgewiesene Flächen für besondere Zwecke, resp besondere Baubeschrönkung bleibende Flächen für besondere Zwecke

j Denkmoischutz, resphistorisch wertvolle Bauwerke

(w) I reines Wohngebiet - Verbot jeder Art gewerblicher Betriebe

Ga | Flochen f Einstellplätze od Garagen

Gat Flochen für Garagen im Erdgeschaß

Durchfanrten oder Durchgänge
Arkaden

2 ufbiritswege gem § 24 BPV

Tof- and Vorgartenflächen

Maßnahmen zur Ordnung des Grund und Bodens

Zuschmenlegung

bleibende Straßen, Kandi; oder Uferlinie

neue Stroßen- Kanai- oder Uferlinie

* - aufgenobene Straßen, Konal, oder Uterlinie

Grenzausgleich

Straßen- und Baulinien

--- bleibende Boulinie

--- neve Boulinie

--- aufgehobere Baulinie

Umlegung

Gak] Flachen für Saragen im Keller

vorhondene. Baulichkeiten

III Aufgenobene Straßenflächen

reu ausgewiesene Straßenflächen

Baubaharda Landesplanungsami Tiety

Offentlich ausgelegt vom _____bis____ beim Bezirksbauamt _____Stadtplanungsabteilung

Meßstab 1:1000

Festgestellt durch Gesetz vom (GV B). 195___Seite____) In Kraft getreten om____

zugestimmt! Landesplanungsausschuß am ____ Sezirksausschuß am .____ Baudeputation am_____

Erläuterungen zum Durchführungsplan D 169 A (geänderter Durchführungsplan D 169/52)

Bezirk Hamburg-Nord, Stadtteil Hohenfelde, Ortsteil 416; Planbezirk Sechslingspforte - Ackermannstraße - Mchofstraße - Ifflandstraße

1.) Nutzungsart und Nutzungsgrad der Grundstücke;

Bebauung nach Fläche und Höhe:

- a) Der Durchführungsplan bestimmt:
 - aa) viergeschossige Wohnhausbebauung (W4g);
 - bb) eingeschossige Ladenbebauung (L1g);

Freie und Hansestadt Hamburg

Stadtentwicklungsbehörde LP23/P Plankammer ZWG R 0113 Alter Steinweg 4 · 20459 Hamburg Telefon 35 04-32 92/32 98 BN. 9.41-32 92/32 93

- cc) zwei kellergeschossige Garagen (GaK) als Gemeinschaftsanlagen.

 Die für die Gemeinschaftsanlagen nach § 10 der Reichsgaragenordnung ausgewiesenen Flächen sind bis zur Errichtung dieser Anlagen von jeglicher Bebauung freizuhalten.
- b) Die Bautiefen der Gebäude sind aus dem Durchführungsplan ersichtlich.

2.) Besondere Hinweise:

a) Die im Durchführungsplan als vorhandene Baulichkeiten dargestellten Bauwerke dürfen - soweit sie nicht den im Durchführungsplan ausgewiesenen Baulinien und Baustufen entsprechen - nicht erweitert und verändert und beim Abgang nicht bzw. nur innerhalb der im Durchführungsplan ausgewiesenen Baulinien und Baustufen wiedererrichtet werden.

Sie sind zu beseitigen:

- aa) bei der Umlegung, spätestens jedoch bei Ausführung der neuen Bebauung; bb) außerhalb der Umlegung bei Inanspruchnahme der neu ausgewiesenen Fläche für besondere Zwecke (Badeanstalt) und der Streßenflächen.
- b) Die Traufhöhe für die eingeschossige Ladenbebauung (L1g) soll höchstens-4,50 m betragen.
- c) Die Beheizungsanlagen der eingeschossigen Ladenbebauung (L1g) und der kellergeschossigen Garagen (GaK) sind so einzurichten, daß die Nachbarschaft nicht durch Rauch oder Ruß belästigt wird.
- d) Die nicht bebaubaren Grundstücksflächen sowie die Oberflächen der kellergeschossigen Garagen (GaK) sind gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten.

3.) Maßnahmen zur Ordnung von Grund und Boden:

a) Umlegung:

Die im Durchführungsplan grün umrandeten Flächen müssen durch Umlegung neu aufgeteilt werden, unbeschadet der Möglichkeit der Enteignung nach dem Aufbaugesetz oder dem Baulandbeschaffungsgesetz. Ist die Umlegung nicht zweckmäßig, so kann eine Zusammenlegung angeordnet werden. Wird die Umlegung entbehrlich, so kann ein Grenzausgleich angeordnet werden.

b) Enteignung:

Für öffentliche Zwecke müssen die Flurstücke, bzw. Teile der Flurstücke 213, 214, 215,216, 217, 218, 731, 730, 245, 244, 243, 242, 241, 240, 239, 238, 234, 232, 231 an die Freie und Hansestadt Hamburg übereignet werden. Erforderlichenfalls können diese Flächen zugunsten der Freien und Hansestadt Hamburg enteignet werden.

4.) Maßnahmen zur Ordnung der Bebauung:

In dem Planbezirk kann eine gleichzeitige Bebauung angeordnet werden.

